

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 2

Artikel: Das Ende der deutschen Demokratie
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331455>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. JAHRGANG -- OKTOBER 1932 -- HEFT 2

Das Ende der deutschen Demokratie

Von Robert Grimm.

»Nicht in seinen unmittelbaren tragikomischen Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgekehrt in der Erzeugung *eines geschlossenen Systems der Konterrevolution*, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreifte.«

Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich.

Mit der internationalen Arbeiterklasse verfolgen auch die schweizerischen Arbeiter mit leidenschaftlichem Interesse die Vorgänge in Deutschland. Sie spüren: Hier geht es nicht nur um das Schicksal des deutschen, hier geht es um das Schicksal des internationalen Proletariats.

In der Beurteilung der deutschen Vorgänge bilden meistens Oberflächenerscheinungen den Ausgangspunkt. Das ist falsch und führt zu unrichtigen Schlüssen. Man muß tiefer greifen und die Zusammenhänge herstellen. Die Konstatierung von wirklichen oder vermeintlichen Fehlern in der Politik der deutschen Arbeiterklasse genügt nicht. Man muß den Ursachen dieser Fehler nachgehen und wird dann leicht zur Ueberzeugung kommen, daß es sich in Deutschland um einen *geschichtlichen Prozeß* handelt, der im wesentlichen in drei verschiedene Phasen zerfällt: die vorrevolutionäre Epoche, die Revolution und die Konterrevolution.

1. Die vorrevolutionäre Epoche

Das vorrevolutionäre Deutschland ist durch zwei wichtige Tatsachen gekennzeichnet: durch die Entwicklung seiner Wirtschaft und durch die Entwicklung seiner Arbeiterbewegung.

Die *deutsche Wirtschaft* nimmt nach dem Deutsch-Französischen Krieg einen sprunghaften Aufschwung. Der Kleinbetrieb wird durch den Großbetrieb verdrängt. Die Entwicklung der Kohlen- und der Roheisenerzeugung überflügelt das englische Tempo. Die Schwerindustrie verleiht der deutschen Wirtschaft die Signatur. Bis in die Mitte der achtziger Jahre führt Deutschland noch Brotgetreide aus.

Mit dem fortschreitenden Industrialisierungsprozeß hört dieser Export auf. Die Bevölkerung wächst, und gleichzeitig sinken die Auswandererziffern, weil sich im Prozeß der Umwandlung des Rohproduktes in das Fertigfabrikat ungekannte Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Vorab der englischen Industrie und dem englischen Welthandel erwächst in Deutschland ein scharfer Konkurrent. Deutschland braucht Absatzgebiete, die es außerhalb des Reiches und in überseeischen Ländern suchen muß. Im Kampf um seinen Anteil an den Weltmärkten gerät es in Widerspruch mit den Interessen des englischen und französischen Imperialismus. Der erste offizielle Ausdruck seines kolonialen Strebens ist der *Sansibar-Helgoland-Vertrag* 1890 mit England. 1897 besetzen deutsche Truppen *Kiautschau*, und gleichzeitig richtet sich der Blick des Reiches nach dem Orient, wo es an den um die *Bagdadbahn* herum gruppierten Interessen den deutsch-englischen Gegensatz verschärft.

Diese weltpolitische Entwicklung ist von einem abenteuerlichen *Wettrüsten* begleitet. Deutschland baut seine Landarmee aus und schafft sich seine Hochseekriegsflotte. Es spornt die andern Mächte zur Verstärkung ihres Militarismus an. Die Folge ist die Häufung von internationalen politischen Krisen, bis im gegenseitigen Wettlauf um die Herstellung einer überlegenern Streitmacht jene Atmosphäre entsteht, die 1914 zur Katastrophe führt.

Wie die deutsche Wirtschaftsentwicklung seit 1870/71 zwei Abschnitte aufweist, deren Grenzlinie ungefähr das Jahr 1890 darstellt, so zerfällt auch die *Arbeiterbewegung* in zwei zeitlich ähnliche Stadien. Vor dem Deutsch-Französischen Krieg gibt es in Deutschland eine nennenswerte Arbeiterbewegung nicht. Sie entwickelt sich erst mit dem beginnenden Industrialisierungsprozeß. Der herrschenden Klasse erscheint sie als eine Gefahr, und Bismarck versucht durch sein *Sozialistengesetz* ihre Grundlagen zu zerstören.

Schon vor dem Sozialistengesetz und nach seiner Aufhebung noch ein Jahrzehnt später ist der Charakter der deutschen Arbeiterbewegung *revolutionär*. Es ist die Propaganda der revolutionären Idee, politisch noch durchleuchtet von den demokratischen Zielen der bürgerlichen Revolution der vierziger Jahre, sozial verbunden mit einem neuen gesellschaftlichen Ideal, mit der Idee des Sozialismus. Die deutsche Arbeiterpolitik zielt viel mehr auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse als auf momentane praktische Errungenschaften ab. Der Klassenkampf dieses Stadiums hat vorwiegend politisches Gepräge.

Mit dem Eintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft ändert sich auch der Verlauf der deutschen Arbeiterbewegung. Die Folgen der Industrialisierung führen zur Notwendigkeit, den unmittelbaren praktischen Aufgaben der Gegenwart größere Aufmerksamkeit zu schenken. Träger dieses Strebens sind die Gewerkschaften. Sie nehmen einen überraschend gewaltigen Aufschwung. Den Gewerkschaften entsprechen auf der Gegenseite die ebenso gewaltigen Organisationen des Unternehmertums.

In dieser Zeit wandelt sich der Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung. Es beginnt die *revisionistische Periode*. Der Revisionismus wird von einzelnen gelegentlich als das Produkt einer Verirrung, als das Produkt unklarer Köpfe angesehen. Das ist es keineswegs. Der Revisionismus war das logische Ergebnis einer Entwicklung, die ihrerseits durch die allgemeine kapitalistische Entwicklung bedingt ist. Der Revisionismus will nicht warten, bis das sozialistische Endziel realisiert ist. Er stellt sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Er will dem Arbeiter schon heute soviel Lebensraum als möglich erkämpfen und die materiellen und kulturellen Errungenschaften als Grundlage für den weiteren Aufstieg zum Sozialismus nehmen.

Scheinbar sprechen die Ereignisse für den Revisionismus. Partei und Gewerkschaften weisen numerisch und materiell ungeheure Fortschritte auf. Die deutsche Arbeiterbewegung steht der Größenordnung nach an der Spitze der Arbeiterbewegungen aller Länder. Die Taktik ändert sich mit dem Wachstum der Organisationen. Die Gewerkschaften sind gezwungen, dem Gesetz der Größe zu folgen. Sie können nicht mehr, wie in der Anfangsperiode, bei jedem Konflikt den Streik proklamieren. Der kleinste Streik kann die gewaltigste Organisation plötzlich vor eine Kampfklage stellen, der sie im gegebenen Moment vielleicht nicht gewachsen ist. Darum tritt an die Stelle des offenen Kampfes die Taktik des Verhandelns, die diplomatische Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum.

Aus dieser objektiven Entwicklung heraus ergibt sich notwendig eine mehr *konservative Linie*. Die momentanen Fortschritte des Alltags verdrängen in dieser Entwicklung das Bild und das Verständnis für die Zukunft. Die deutsche Arbeiterbewegung streift ihren revolutionären Charakter ab und wahrt ihn nur noch in den Fragen der Außenpolitik. Die Wahlrechtskämpfe in Preußen gedeihen nicht zur außerparlamentarischen Aktion, wie in Belgien und in Oesterreich. Der kurz vor dem Krieg in der deutschen Metallindustrie bestehende gewaltige Konflikt kommt nicht zum Austrag — der Krieg gab ihm eine Lösung besonderer Art.

Zur Zeit der Marokkokrise 1911 hält *August Bebel* vernichtende Abrechnung mit den Kriegstreibern. Er sieht die kommende Weltkatastrophe voraus, erklärt, daß hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch stehe, der Massenbankrott, das Massenehend, die Massenarbeitslosigkeit und die große Hungersnot. Mit prophetischem Blick kennzeichnete Bebel die Massenwirkung des Weltkrieges. Kein Wunder, wenn nach solchen Schilderungen die Hoffnungen des internationalen Proletariats in erster Linie auf die deutsche Arbeiterbewegung gesetzt wurden, als der scheinbar stärksten Garantie für die Verhinderung eines Kriegsausbruchs.

2. Die Deutsche Revolution

Der Krieg ist trotzdem ausgebrochen. Die deutsche Sozialdemokratie hat die *Kriegskredite* bewilligt. Sie schloß ihren *Burgfrieden* mit Kaiser und Bourgeoisie. Der *Russenschreck* tat seine Wirkung.

Später wurden auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie die wirklichen Kriegsziele unverhüllt betont. *Annexionen* und *Eroberungen* findet man jetzt immer häufiger auch im sozialistischen Sprachschatz. Die Begründung ist, daß an dem größern Wirtschafts- und Welthandelsraum auch die deutsche Arbeiterklasse interessiert sei. Die Parole des *Durchhaltens* bis zum Ende war nur die logische Konsequenz dieser Einstellung.

Die Verwirklichung seiner Kriegsziele blieb dem deutschen Imperialismus versagt. Die Niederlage entsprang weniger der militärischen Ueberlegenheit der Feinde, als der *weltwirtschaftlichen Isolierung* während des Krieges. Deutschland wird ausgehungert. Seine militärischen Erfolge werden immer problematischer. Der Zusammenbruch ist unvermeidlich. Im Oktober 1918 konstituiert sich das Koalitionskabinett des *Prinzen Max von Baden*. Die Sozialdemokratie ist in ihm vertreten. *Scheidemann* sieht das Unhaltbare der Situation und fordert die Abdankung des Kaisers. Das von ihm verlangte Ultimatum wird von den Parteiinstanzen zunächst abgelehnt. Am 9. November 1918, als die Generäle nicht mehr weiter können und bei den Kieler Marinetruppen bereits Meutereien vorkommen, fällt die Entscheidung. Der Kaiser geht, *die Deutsche Revolution kommt in Fluß*.

War es in Wirklichkeit eine Revolution? Eine Revolution muß sich gegen jemand richten. Eine Revolution muß einen Gegner haben. Welche Gegner hatte die Deutsche Revolution von 1918? Sie hatte nur den einen Gegner: das *Chaos*, der verlorene Krieg. Die Deutsche Revolution hatte keinen Gegner. Sie hatte kein revolutionäres Ziel. Sie zeigte keinen revolutionären Willen. Die Deutsche Revolution ist der Arbeiterschaft und dem demokratischen Bürgertum, soweit es ein solches überhaupt gab, zugefallen wider Willen. *Landsberg*, ein sozialdemokratischer Revolutionsminister, hatte so unrecht nicht, als er erklärte, daß es sich im November 1918 um eine bloße Begleiterscheinung des militärischen und ökonomischen Zusammenbruches, nicht um eine Revolution, gehandelt habe.

Indessen — so oder anders — handelte es sich um einen *geschichtlichen Augenblick*, wo einzelne kraftvolle und starke Persönlichkeiten die Geschicke einer Nation entscheidend beeinflussen können. Im allgemeinen ist es nicht der einzelne, der die Geschichte macht, auch nicht der einzelne, der die Revolution macht. Aber in einer revolutionären Situation kann ein einzelner den Hebel herumreißen, die Weichen so oder anders stellen und durch seine Zielklarheit und seinen Willen dem weiteren geschichtlichen Verlauf auf Jahrzehnte hinaus den Stempel aufdrücken. So war es in der Englischen und in der Französischen Revolution, so war es zuletzt in der Russischen Revolution unter *Lenin*. In Deutschland fehlte diese starke Persönlichkeit. Wir müssen uns deshalb bemühen, den Zusammenhängen etwas weiter nachzugehen.

Die Deutsche Revolution hatte zunächst drei Hauptaufgaben: die Meisterung des *Chaos*, die Durchführung des *Waffenstillstandes* und die Schaffung von *Volksrechten*. Sie hat diese drei Aufgaben erfüllt.

Aber diese drei Aufgaben waren nicht die einzigen, die sich der Deutschen Revolution stellten. Eine Revolution besteht noch nicht, wenn sie durch Gewalt oder durch gesetzgeberische Maßnahmen eine Regierung zur Abdankung zwingt und durch eine andere ersetzt. Eine Revolution in historischem und sozialistischem Sinne besteht erst dann, wenn die neu an die Macht gekommene Regierung das Ziel hat, *ihre Macht für die Umwälzung der ökonomischen und sozialen Beziehungen der Menschen auf der Grundlage der neuen, objektiven Entwicklungsstufe einzusetzen.*

Es gibt Kritiker der Deutschen Revolution, die ihr insbesondere vorwerfen, daß sie nicht sofort zur *Sozialisierung der Produktionsmittel* geschritten sei. Diese Kritik trifft nicht ins Schwarze. Spricht man von Sozialisierung, so hat man zwischen der *Möglichkeit* und dem *Willen* zur Sozialisierung zu unterscheiden, zwischen der *Idee*, von der man geleitet ist, dem *Ziel*, das man sich steckt, und den *Mitteln*, über die man verfügt, um diesen Willen in die Tat überzuleiten, das revolutionäre Ziel zu verwirklichen.

Diese Möglichkeit bestand in den Novembertagen 1918 praktisch nicht. Man vergegenwärtige sich die damalige Lage in Deutschland. Die deutsche Wehrmacht ist zusammengebrochen. Der Kaiser befindet sich auf der Flucht. Die Generäle schließen den Waffenstillstand ab. Die Truppen fluten aus fremden Ländern zurück. Elsaß-Lothringen geht an Frankreich über. Deutschland ist ausgehungert, gleicht einem Chaos, hat keine geordnete Wirtschaft, kein geordnetes Staatswesen. Es besteht die Gefahr der nationalen Auseinanderreißung. Schon zeigen sich im Süden und Westen Tendenzen zur Loslösung vom Reich. Das Schicksal der Donaumonarchie droht auch Deutschland.

In dieser Situation konnte von einer sofortigen Enteignung der Bourgeoisie, von einer Sozialisierung praktisch keine Rede sein. Der Versuch der Sozialisierung hätte den Vorwand zum Bruch des Waffenstillstandes, zur Invasion fremder Heere, zur Auflösung des Reiches, zur weiteren Abschnürung vom Weltmarkt und damit zur buchstäblichen Aushungerung schon halb verhungelter Massen gegeben. Kann man da der Deutschen Revolution mit Recht einen Vorwurf machen, weil sie nicht sofort sozialisierte? Ich denke nicht.

Aber mit dieser Feststellung ist die sich stellende Frage nicht vollständig beantwortet. Es fehlte nicht nur die Möglichkeit der Sozialisierung. Es fehlte auch der *Wille* dazu. *Bis auf wenige verschwindende Schichten gab es in Deutschland einen revolutionären Willen überhaupt nicht.*

Dieser Mangel wirkte sich auf einem andern Gebiete zum Verhängnis aus. Aufgabe jeder wirklichen Revolution ist es, die errungenen oder — wie in Deutschland — zugefallenen Machtpositionen zu sichern und auszubauen. Das erste Gebot revolutionären Handelns ist die *Abrechnung mit den Trägern des untergegangenen Systems.* Die Verantwortung für den Krieg und seinen furchtbaren Ausgang lag beim Kaiser und seinen Militärs, bei den Junkern, den Industriekapitänen und den Vertretern der Hochfinanz. Der Krieg hatte die

Monarchie zu Boden geworfen. Die Träger des zusammengebrochenen Systems blieben. Nur der Kaiser mußte gehen; der ganzen Bande der Verantwortlichen aber wurde kein Haar gekrümmt. Die lebenslänglichen Richter der Monarchie wurden als Hüter der republikanischen Justiz übernommen. Die Fürsten und die Generäle tummelten sich im Lande. Die Gegner der Republik, die Anhänger des alten Regimes, die Kriegsverantwortlichen waren gleichberechtigte Bürger der Deutschen Republik!

Hier liegt der tragische Irrtum der Deutschen Revolution. Dieser Irrtum erklärt sich nur aus der besondern Auffassung der deutschen Sozialdemokratie über *Demokratie und Staat*. Nicht die ihr eben zugefallene Macht, wohl aber die Demokratie stellen die deutschen Sozialdemokraten über alles. Die Proklamation der ersten Volksbeauftragten, der Revolutionsregierung, ist bürgerlich brav und gut demokratisch. Die deutsche Sozialdemokratie denkt, wie *Landsberg* es feststellte, nicht an die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele, sie denkt an die Errichtung und den Schutz der integralen Demokratie. *Ebert*, der spätere Reichspräsident, erklärt, er würde sich niemals zur Unterdrückung *auch nur eines Teils* des deutschen Volkes hergeben.

In Deutschland bestehen zu Beginn der Revolution *zwei sozialistische Arbeiterparteien*. Beide bildeten den ersten Rat der Volksbeauftragten. Die Unabhängigen sind zur Einigung bereit auf folgender Grundlage: 1. Die Deutsche Republik soll eine *sozialistische Republik* sein. 2. Die Macht in dieser sozialistischen Republik soll in die Hände der *Werk tätigen und der Soldaten* gelegt werden. 3. Aus der Revolutionsregierung sind alle *bürgerlichen Elemente zu entfernen*. Die alte Sozialdemokratische Partei antwortet mit einer verklausulierten Ablehnung. Die sozialistische Republik ja, *wenn* das Volk durch die Nationalversammlung diesen Willen zum Ausdruck bringt. Die Macht in die Hände der Werk tätigen und der Soldaten ja, *wenn* es sich nicht um eine Diktatur handelt. Der Austritt der Bürgerlichen aus der Regierung *nein*, denn sonst würde die Volksernährung gefährdet.

Damit stellt sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Boden des allgemeinen *Volksbegriffs*, nicht auf den Boden des proletarischen *Klassenbegriffs*. Mit andern Worten: sie führt die im Kriege betretene Linie konsequent fort. Der allgemeine Volksbegriff schließt die Diktatur aus. Die deutsche Sozialdemokratie ist in der Tradition der bürgerlichen Revolutionen befangen. Sie übersieht, daß die Aufgaben der sozialen Revolution andere sind als die Aufgaben der demokratisch-bürgerlichen Revolution. *Bürgerliche Revolutionen* haben zum Zweck den *Schutz des Privateigentums*, die *soziale Revolution* hat zum Zweck die *Aufhebung des Privateigentums*. Diesem Zweck haben sich die Methoden der Revolution unterzuordnen, denn die Methode ist nicht Selbstzweck.

In der Weimarer *Nationalversammlung* sitzen 421 Vertreter, unter ihnen 163 Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten stellen 38,7 Pro-

zent, sind also *nicht* in der *Mehrheit*. So findet eine Teilung der Macht zwischen der bürgerlichen Mitte und der alten Sozialdemokratie statt. Als Minderheit wird die Sozialdemokratie für die Handlungen der bürgerlichen Mehrheit und ihrer Politik verantwortlich. Die Verfassung der Deutschen Republik wird in der Hauptsache von bürgerlichen Gelehrten ausgearbeitet. Diese Verfassung ist, der bürgerlichen Mehrheit der Konstituante entsprechend, nicht sozialistisch, sie ist bürgerlich-demokratisch. Von diesem bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus wirft die Revolutionsregierung das eine Mal den *Spartakusaufstand* mit Truppengewalt nieder, das andere Mal läßt der politische Generalstreik der Arbeitermassen den *Kapp-Putsch* aufliegen.

Die nächste Aufgabe der jungen Republik war die möglichst vollständige *Liquidation des Krieges* und seiner Folgen. Zur Liquidation hätte gehört, daß auch die Kriegsverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden wären. Daran dachte man nicht, weil die bürgerlich-sozialistische Koalition der Nationalversammlung selber nicht ganz unbelastet war. Die Liquidation erstreckte sich im wesentlichen auf die Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Feinden. Dabei fällt der unangenehme Teil der Aufgabe meistens den Sozialdemokraten zu. *Hermann Müller* unterzeichnet den *Versailler Vertrag*. Die Sozialdemokratie stellt sich an die Spitze der *Erfüllungspolitik*. Sie geht an die internationalen Konferenzen von *Spa* und *London*, sie tritt ein für den *Dawes-Plan*, für den *Young-Plan*, für den *Hoover-Plan*. So belastet sich die deutsche Sozialdemokratie mit immer weitem Verantwortlichkeiten, für die der Arbeiterschaft das Verständnis mehr und mehr abgeht.

3. Die deutsche Konterrevolution

Die Wurzeln der deutschen Konterrevolution liegen in der Tatsache, daß die Repräsentanten des untergegangenen Systems zu gleichberechtigten deutschen Staatsbürgern wurden, daß man ihr Privateigentum, ihr Vermögen nicht restlos konfiszierte, den Staatsapparat nicht säuberte. Die Tatsache selber ist begründet in der demokratischen Staatsauffassung der deutschen Sozialdemokratie. Sie weigerte sich nach Ebert, wie wir sahen, auch nur *einen Teil* des deutschen Volkes zu unterdrücken.

Die außenpolitischen Zustände, die innere wirtschaftliche Entwicklung und die Weltwirtschaftskrise bildeten das Arsenal, aus dem die deutsche Konterrevolution ihre Waffen entnahm.

In der *Außenpolitik* wurde die junge Republik für das Verhalten der ehemaligen Kriegsfeinde verantwortlich gemacht. Jeder Druck des Auslandes wurde der Republik aufs Kerbholz geschrieben. Die abseitsstehenden, mit keiner praktischen Regierungspolitik belasteten *Monarchisten* geißelten die Methoden der Außenpolitik und schoben die Schuld in erster Linie auf die Sozialdemokratie.

Auf dem entgegengesetzten Posten stehen die *Kommunisten*. Auch

sie sind mit keiner Regierungsverantwortlichkeit belastet. Sie finden dagegen reichlich politische Nahrung an den Belastungen, die die deutsche Sozialdemokratie als Minderheit im Staat für eben diesen Staat übernehmen muß. Unter den Einflüssen der Weltwirtschaftskrise kann die deutsche Wirtschaft nicht aufleben, und so wird auch die deutsche Sozialdemokratie gezwungen, ihren frühern außenpolitischen Standpunkt preiszugeben. Sie muß sich dem von ihren Gegnern und heftigsten Kritikern aufgestellten Grundsatz anschließen: die Erfüllungspolitik aufgeben, die Unfähigkeit, weitere Reparationen zu zahlen, proklamieren. In den Augen breiter Volksmassen, die die wirklichen Zusammenhänge nicht zu erkennen vermögen, hat die sozialdemokratische Außenpolitik Bankrott gemacht, die Gegner und Feinde der Republik haben recht bekommen.

Die *wirtschaftliche Entwicklung* Deutschlands ist gekennzeichnet durch zwei Inflationen. Die deutschen Kapitalisten sind an diesen Inflationen nicht unschuldig. Sie glaubten, durch die Liquidation der Staats- und Privatschulden den Produktionsapparat erneuern, ihn auf den letzten Stand der Technik bringen und erweitern zu können. Mit diesem Apparat hofften sie die im Krieg verlorenen wirtschaftlichen Positionen wieder erobern und die Konkurrenten auf dem Weltmarkt schlagen zu können. Der Hochstand der kapitalistischen Entwicklung, die keine neuen Märkte mehr vorfindet, und die Weltwirtschaftskrise haben dieses Ziel illusionär gestaltet.

Während einerseits die Hoffnungen der deutschen Wirtschaftler zerschellten, sind breite Massen des deutschen Volkes durch die Folgen des Krieges und durch die Inflationen verarmt. Nicht formell, aber materiell bestehen in Deutschland heute nur noch *zwei Klassen*. Die Kapitalisten auf der einen Seite, die Proletarier und die proletarisierten Schichten des Mittelstandes auf der andern. In keinem andern Lande des kapitalistischen Kulturkreises ist die Klassenscheidung so weit und so klar vorgeschritten, wie in Deutschland, sofern man von dem kleinern Oesterreich absieht.

Die Kräfte der deutschen Konterrevolution sind zunächst *unklar* und *unübersichtlich*. Ihre Drahtzieher halten sich vorerst im dunkeln Hintergrund und lassen Zeit und Ereignisse für sich wirken. Scheinbar ist *Hitler* der Träger der deutschen Konterrevolution. Aber Hitler ist nur *Werkzeug*, nicht selbständig handelnde Figur. Die wirklich treibenden Kräfte sind die *Junker* und die *Schwerindustriellen* mit ihrem monarchistischen Janhagel als Anhang.

Hitler zieht seine nationalsozialistische Bewegung auf und hat zunächst Erfolg. *Es gibt eine nationalsozialistische Bewegung, aber es gibt keinen Nationalsozialismus*. Die nationalsozialistische Bewegung verkörpert kein geschlossenes Lehrsystem. Ihre Träger setzen sich zusammen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, ohne ein einheitliches gesellschaftliches Ziel, ohne eine andere Weltanschauung als die, daß an die Stelle der alten Zustände etwas Neues kommen müsse, gleichgültig immer, was dieses Neue sei. Das ist eine Anschauung, aber keine Weltanschauung. Da treffen wir *Arbeiter*,

die verzweifelt sind an der Politik der einen wie der andern proletarischen Partei. Da sind Bestände aus den Reihen des verarmten Mittelstandes, *Kleinbürger* und *Pensionisten*. Da sind *Bauern*, die unter der Last der Wirtschaftskrise zusammenbrechen. Da sind *Desperados*, *Abenteurer* der Gesellschaft, die aus der festen Lebensbahn geworfen wurden. Da sind die Millionen *Arbeitsloser*, denen Hitler Brot und Freiheit verspricht.

Die Nationalsozialisten brauchen nur die nötige Bewegungsfreiheit, den organisatorischen Kopf und die finanziellen Mittel, um diese Schichten zusammenzufassen. Die Bewegungsfreiheit gewährt ihnen die demokratische Republik, indem sie vor den verbrecherischen Horden immer schrittweise zurückweicht. Der organisatorisch veranlagte Kopf und zugleich der gewissenlose Demagog, den es braucht, ist Hitler. Die finanziellen Mittel fließen aus den Quellen der bewußten Konterrevolutionäre, aus den Kassen der Schwerindustrie, der Junker und des Fürstengesindels.

In den Augen der deutschen Sozialdemokratie und der Deutschen Republik liegt die größte Gefahr im Hitlerschen Faschismus. Gegen ihn richtet sich der Kampf. Die wirkliche, im Hintergrund lauende Gefahr, der wirkliche Faschismus, wird übersehen, bis er sich spontan zu erkennen gibt. Die Träger dieses Faschismus sind aus ganz anderm Holz geschnitzt als der eitle, geistig uninteressante Hitler. Hier herrscht Klarheit der Auffassung, Energie und Wille, und neben politischer Erfahrung auch intellektuelle Ueberlegenheit. Hatte Hitler in seiner nationalsozialistischen Bewegung die Klassengegensätze verwischt, *so treten jetzt die Klassenverhältnisse und Klassengegensätze klar hervor.*

Die Oberschicht des kapitalistischen Deutschlands kennt auch keine Zimperlichkeiten. Sie ist nicht angekränkt von demokratischen Gewissensbissen. Sie stellt *Hindenburg*, den eben noch die deutschen Arbeiter so glänzend gewählt haben, auf den Posten, auf den er nach Herkunft, Gesinnung und Tätigkeit gehört, und der Alte findet den Weg zum eignen Ich zurück. *Brüning*, der angebliche Staatsmann, wird wie ein Schusterjunge davongejagt. Er fällt, nicht weil er mit der Sozialdemokratie paktierte. Er fällt, weil sonst die Nationalsozialisten seine Erben sein würden, und das gilt es vom konterrevolutionären Standpunkt aus zu verhindern.

Nach Brüning fällt *Preußen*, das vermeintliche Bollwerk der deutschen Arbeiterklasse, für das sie so unglaubliche Opfer gebracht hat. Ein Leutnant und zwei Soldaten führen den Staatsstreich durch. Das zeigt, wie hohl in Wirklichkeit die Fundamente waren. Es galt nur noch, eine bereits bestehende Tatsache zu konstatieren.

Die *Kommunisten* hatten als ernstzunehmende Gefahr für die Konterrevolutionäre nie eine Rolle gespielt. So handelte es sich nur darum, die *Sozialdemokratie* aus ihren Machtpositionen herauszuwerfen. Das ist ohne großen Kräfteaufwand gelungen. Nun hatten die Träger der Konterrevolution ihr Verhältnis zu Hitler zu bereinigen. Die Reichstagswahlen des 31. Juli 1932 brachten ihm die

erhoffte Mehrheit nicht. Die Bildung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit war ausgeschlossen. Die Konterrevolutionäre entzogen Hitler zunächst die finanziellen Mittel, mit denen er seinen Riesenaufwand in protzenhafter Aufmachung getrieben hatte. Aus kühler politischer Ueberlegung wurde die Aufnahme der nationalsozialistischen Sturmabteilungen in die Staatspolizei abgelehnt, um der Gefahr einer nationalsozialistischen Miliz zu entgehen. Hitler spürte diese Vorgänge und machte Miene, sich mit dem katholischen Zentrum zu verbünden. Diesem Bündnis kam das Triumphirat *Papen, Schleicher* und *Gayl* zuvor. Es piff auf die parlamentarische Komödie und jagte Brüning den Reichstag nach. Das war zwar ein glatter Verfassungsbruch, aber darin hatten sich die Konterrevolutionäre schon einigermaßen geübt. *Ihnen war wesentlich ihr Klasseninteresse, nicht die Demokratie und Republik.* So führte der Weg zur Diktatur, die ein ganz anderes Gesicht trägt als jenes faschistische Gespenst, das aus der Hitlerbewegung hervorgrinste.

Die Konterrevolution hat ihr Werk ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt. Die deutsche Arbeiterklasse ist gespalten und entkräftet. Die Position Preußen fand keine andere Verteidigung als die des Wahlkampfes und die billigen Anträge an eine Justiz, die die Dirne der Konterrevolution ist. Die neuen Reichstagswahlen sollen vom Wohlverhalten des deutschen Michels abhängig gemacht werden. Mit dem Sturz Brünings, mit dem Präsidialkabinett Papen, mit dem Fall Preußen und mit der Auseinanderjagung des Reichstages hat sich die Konterrevolution etabliert. Durch ihre Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit, durch die Säuberung des Beamtenapparates, durch die Reichswehr und durch den geschlossenen, einheitlich gerichteten Stahlhelm beherrscht sie das Feld. Das parlamentarisch-demokratische Regime hat seine Existenz beendet; was an Volksrechten übrig bleibt, ist eine Farce.

4. Die deutsche Lehre

Wir haben den deutschen Parteigenossen und Arbeitern keine Lehren und Ratschläge zu erteilen. Umgekehrt haben wir aus ihren Erfahrungen zu lernen.

Worin besteht diese Lehre?

Zunächst in der Feststellung einiger Tatbestände. Die deutsche Arbeiterklasse glaubte, auf dem Boden der Demokratie die revolutionären Errungenschaften sichern zu können. Da sie keine absolute politische Mehrheit hinter sich hatte, glaubte sie, in Verbindung mit den bürgerlichen Demokraten die Voraussetzungen für den sozialistischen Aufstieg schaffen zu können. Diese Annahme hat sich als ein tragischer Irrtum erwiesen. Nicht nur wurde sie mit der Verantwortung für Handlungen belastet, die der Politik der bürgerlichen Mehrheit entsprangen. Nicht nur wurde sie durch die Folgen dieser Politik geschwächt. Im Zuge der konterrevolutionären Entwicklung mußte sie Schritt für Schritt eroberte Positionen preisgeben. Es waren keineswegs nur *politische* Machtpositionen. Auch die wichtigsten

sozialpolitischen Positionen sind verlorengegangen. Die Sozialversicherung ist sabotiert, die Arbeitslosenunterstützung verschlechtert, das Tarifrecht mit einem Federstrich aufgehoben, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter verkümmert. Die einst so stolzen materiellen Errungenschaften sind zertrümmert, die allgemeine Verarmung und Verelendung, wie sie Bebel 1911 so klar vorausgesehen hat, ist Tatsache geworden.

Dieses Ergebnis wirft eine Frage auf, die sich für jede Arbeiterbewegung, für jeden Sozialisten stellt: die Frage nach den *Voraussetzungen sozialistischer Verwirklichung*. Darüber habe ich an dieser Stelle und in einer besondern Broschüre geschrieben. Der Weg zum sozialistischen Aufstieg geht nicht über den kapitalistischen Aufschwung, er geht über die *kapitalistische Krise*. Diese Erkenntnis bedingt die Ueberprüfung der allgemeinen Entwicklungsverhältnisse, wie der Methoden und der Taktik des Klassenkampfes. Der Faschismus ist nur eine andere Erscheinung der Konterrevolution. Die Konterrevolution aber schlägt man mit den Mitteln des revolutionären Kampfes, nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, an die jetzt die deutschen Parteigenossen appellieren.

Die deutschen Erfahrungen sind viel zu ernst, als daß man sie in einigen wohlgemeinten Ratschlägen und Sentenzen erschöpfen könnte. Hier handelt es sich nicht nur um wirkliche oder vermeintliche Fehler einzelner, es handelt sich um *geschichtliche Vorgänge von größter Tragweite*, um Fragen, die sich der Arbeiterklasse eines jeden Landes stellen und die darum des ernsthaftesten Studiums bedürfen. Dieses Studium ist Pflicht der Partei, des einzelnen wie der Gesamtheit.

Faschismus in der Schweiz?

Von Robert Bolz.

Wellen, welche die Vorgänge im benachbarten Ausland natürlicherweise in die Schweiz zu schlagen vermögen, haben vor einiger Zeit eine Diskussion über die Möglichkeit einer faschistischen Bewegung auch in unserm Lande veranlaßt. Die Regsamkeit des öffentlichen Interesses in einer solchen Frage ist aus den geographischen Verhältnissen allgemein erklärlich. Der Faschismus als Staatsmacht im benachbarten Italien im Zusammenspiel mit einem Faschismus als Staatsmacht in Deutschland müßte die Probleme schweizerischer Politik stark bestimmen. Das ganz besondere Interesse schweizerischer Sozialdemokraten aber liegt begründet in der Sorge um die Arbeiterbewegung und ihre historische Aufgabe.

Augenblicklich möchte es zwar aktueller erscheinen, sich über Symptome der Krise im Faschismus zu unterhalten. Aber Krisensymptome können, wie die Möglichkeiten einer Ausbreitung faschistischer Bewegung, nur dann annähernd richtig eingeschätzt werden,